

LINKE Eckpunkte für die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 13. Dezember 2013

Beschluss:	Der Landesvorstand beschließt die Eckpunkte für die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014
Politische Botschaft:	
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
Weitere Maßnahmen:	keine
Finanzen:	keine
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 13. Dezember 2013



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

LINKE Eckpunkte für die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 (Entwurf Stand 11.12.13)

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56

Lebenswerte Kommunen – Einwohnerinnen und Einwohner entscheiden!

Eine den Menschen zugewandte Politik muss dort stattfinden, wo sie zu Hause sind: In ihren Städten, Gemeinden und Landkreisen. Die Kommunen sind einzigartige Lebensräume, die durch ihre regionalen Besonderheiten Identität und Lebensqualität bieten. Jede und jeder erlebt ihre Stadt, ihren Kreis anders. Gerade die Vielfalt der Kommunen macht ihren Reiz aus. In den letzten beiden Jahrzehnten haben sich die Städte und Gemeinden in Sachsen zu attraktiven und lebenswerten Siedlungen entwickelt. Dies kann dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass trotz vieler neuer Wohngebiete und moderner Infrastruktur vor Ort es auch individuelle soziale Notlagen, Schulsterben, Erwerbslosigkeit, Armut, Wohnungsrückbau, Schließen von Kultureinrichtungen, Ausdünnen des Öffentlichen Personennahverkehrs und ein Wegbrechen kommunaler Dienstleistungen zu bewältigen gibt. Die Kommunen sind immer weniger dazu in der Lage, die Unterschiede in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensumständen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner abzuschwächen oder gar auszugleichen.

Wichtige kommunale Entscheidungen fallen nichtöffentlich, intransparent und manchmal auch in Hinterzimmern. Das muss sich ändern. Gute Politik trägt dafür Sorge, dass betroffene Menschen rechtzeitig in anstehende Entscheidungen einbezogen und daran beteiligt werden. Oft haben Bürgerinnen und Bürger das Gefühl, in den Verwaltungen als Bittsteller, ja gar als Störer vorzusprechen. Auch das muss sich ändern. Gute Politik trägt dafür Sorge, dass Verwaltungen nicht sich selbst genügen, sondern den Einwohnerinnen und Einwohnern dienen. Wo Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung auf Augenhöhe gemeinsam an schwierigen kommunalen Entscheidungen arbeiten nimmt deren Qualität und Akzeptanz zu. Lebenswerte Kommunen können nur dann entstehen, wenn Bürgerinnen und Bürger mit gestalten und mitentscheiden.

Für uns sind die Kommunen nicht bloß Verwaltungseinheiten, sondern Lebensräume. Für uns sind es die Menschen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen mit ihren Bedürfnissen und Erwartungen, mit ihren Sorgen und Nöten, die den Ausgangs- und Endpunkt kommunalpolitischen Handelns bestimmen. Gute Kommunalpolitik verstehen wir gestaltend und kreativ. Das ist weitaus mehr als nur einer angeblich unveränderlichen Logik von Sachzwängen zu folgen. Gute Kommunalpolitik heißt für uns ein kluges Abwägen nach sachlichen und politischen Schwerpunkten. Wir werden deshalb immer und überall für eine umfassende, rechtzeitige und ernstgemeinte Bürgerbeteiligung bei allen kommunalen Vorhaben sorgen.

Sozial mit aller Kraft – Gleiche Möglichkeiten für alle sichern!

Die sozialen Widersprüche der Gesellschaft, die sich in den letzten Jahren vertieft haben, spiegeln sich vor Ort ganz konkret wider. Gute Politik erkennt man daran, dass sie zur Erleichterung des Lebens für die sozial Schwächsten bzw. die am meisten Benachteiligten beiträgt. Der Gradmesser dafür kann nicht darin bestehen, ob davon scheinbar alle profitieren. Soziale Politik muss sich konkret im Leben derer widerspiegeln, die verunsichert, verängstigt und von Perspektivlosigkeit bedroht oder als HARTZ IV Betroffene im dunkelsten Teil der Schattenseite zu leben gezwungen sind.

Armut und Mangel an Zugang zur Bildung sind besonders für Kinder und Jugendliche eine schwere Bürde für ihren gesamten Lebensweg. Gute Politik arbeitet daran, ihnen einen gleichen Zugang zu Bildung, Kultur, Sport, Gesundheit und damit gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die soziale Herkunft darf nicht länger über den Bildungserfolg bestimmen. Viele Menschen sind seit Jahren Opfer der hohen Erwerbslosigkeit. Sie als Menschen mit Hoffnungen und Wünschen ernst zu nehmen und ihnen Perspektiven aufzuzeigen, ist Pflicht guter Politik. Das Armutsrisiko im Alter wird immer größer. Gute Politik erkennt die Lebensleistungen der Menschen an. Sie arbeitet daran, dass gerade der Lebensabend würdevoll und mitten in der Gesellschaft gewährleistet ist.

Wir werden jede kommunalpolitische Entscheidung auf den Prüfstand der sozialen Gerechtigkeit stellen. Stets werden wir hinterfragen, ob und inwiefern gleiche Möglichkeiten für alle Einwohnerinnen und Einwohner gesichert bzw. verbessert werden kann. Ebenso wollen wir hinterfragen, mit welchen

57 politischen Angeboten die Geschlechterverhältnisse gerechter gestaltet und die vielfältigen Formen des
58 Zusammenlebens von Menschen respektiert und gleichermaßen gefördert werden können. Wir wollen der
59 zunehmenden Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken, die Folgen von Armut abfedern und alles in
60 unseren Kräften stehende tun, um Armut mittelfristig ganz zu beseitigen. Dazu gehört solidarische Hilfe,
61 auch solche zur Selbsthilfe. Dies schließt Bevormundung ebenso aus wie Sanktionen und Repression, z.
62 B. gegen HARTZ IV-Betroffene.

63

64 Kommunal vor privat! Weil's wichtig für alle ist.

65

66 Menschen haben Grundbedürfnisse, die vom Staat und seinen Kommunen gewährleistet sein müssen.
67 Diese Daseinsvorsorge beinhaltet alle Bedürfnisse und Interessen, die in der örtlichen Gemeinschaft
68 wurzeln und die das Zusammenleben in der Kommune betreffen. Dazu zählen Bildung, medizinische
69 Versorgung, Pflege, Kultur, Wohnen, Soziale Sicherung, Öffentlicher Personenrahverkehr,
70 Abfallbeseitigung, Wasser- und Energieversorgung und schnelles Internet. Gute Politik kämpft um den
71 Erhalt öffentlicher Unternehmen in diesen Bereichen. Auch bei vorhandener Trägervielfalt wie beim
72 Wohnen, bei Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen muss es einen starken kommunalen Sektor
73 geben.

74

75 Kommunale Daseinsvorsorge darf nicht dem Profitstreben unterworfen sein. Erst recht darf es keine
76 „Rosinen-Pickerei“ dergestalt geben, dass sich Private die lukrativen Sparten und Plätze sichern, während
77 übriggebliebene Rumpfgelände in öffentlicher Hand verbleiben und oftmals noch mit Steuermitteln
78 subventioniert werden müssen. Denn eine flächendeckende Versorgung in guter Qualität zu
79 sozialverträglichen Preisen ist immer auch dann sicherzustellen, wenn dies sich für private Unternehmen
80 nicht rechnet. Diese elementaren Bereiche dürfen nicht der Marktlogik unterworfen werden, dürfen
81 niemanden ausgrenzen und müssen sich am Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen orientieren. In
82 diesem Sinne werben wir für eine Renaissance des Öffentlichen und unterstützen alle Bemühungen,
83 bereits privatisierte Leistungen wieder in die Verantwortung und wenn möglich in die direkte Trägerschaft
84 der Kommunen zurückzuführen (Re-Kommunalisierung).

85

86 Gute Arbeit - gutes Leben!

87

88 Politik allein in den Kommunen kann die Erwerbslosigkeit nicht beseitigen, höchstens deren Folgen
89 mildern. Gute Politik setzt sich aktiv für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit ein. Sie macht sich auch
90 am Umgang mit von Erwerbslosigkeit Betroffenen fest. Die kommunalen Arbeitsverwaltungen und die
91 Jobcenter müssen sich noch viel mehr als Ermöglicher denn als Aufseher verstehen. Gute Politik nutzt
92 ihren Einfluss vor Ort, damit sich diese Einrichtungen nicht nur als Verwalter von „Kunden“, sondern als
93 Dienstleister von souveränen Bürgerinnen und Bürgern verstehen. Die an HARTZ-IV-Betroffene
94 vergebenen Tätigkeiten müssen den Arbeitslosen und der Gesellschaft nützen. Das heißt, sie müssen
95 erfüllend, gesellschaftlich notwendig, ohne Zwang und mit einem fairen Entgelt verbunden sein.

96

97 Immer mehr Menschen werden in Zeit- und Werkverträge gedrängt, arbeiten für Hungerlöhne und müssen
98 „aufstocken“. Unverschuldet haben immer mehr Menschen vielfach gebrochene Erwerbsbiographien mit
99 geringen Rentenansprüchen. So wachsen Unsicherheit, Zukunftsängste und nicht zuletzt das Problem der
100 Altersarmut, das in wenigen Jahren auf die Kommunen zurollen wird. Gute Politik garantiert Einkommen,
101 von denen man leben kann. Auch wenn die Entscheidung über den Mindestlohn nicht vor Ort fällt, setzen
102 wir uns bereits heute für eine Politik ein, die Einkommen garantiert, von denen man leben kann.
103 Lohndumping und prekäre Arbeitsverhältnisse darf es im Bereich der Kommunalwirtschaft einschließlich
104 der ausgegliederten Servicebereiche nicht geben. Bei öffentlichen Ausschreibungen werden wir darauf
105 achten, dass nur diejenigen einen Zuschlag erhalten, die die Einhaltung zentraler politischer Ziele wie
106 „gute Arbeit“, Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz garantieren.

107

108 Stadt und Land – sozial und ökologisch Hand in Hand!

109

110 Die Städte, Gemeinden und Landkreise in Sachsen sind zwar unterschiedlich, zumeist jedoch stark von
111 den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen. Um weiterer Abwanderung, einem
112 Wegbrechen der Daseinsvorsorge und Kostenexplosionen entgegenzuwirken, sind regionale und lokale
113 Prognosen in der Planung, speziell bei aufwändigen Infrastrukturprojekten, realistisch anzusetzen. Zur

114 Sicherung der ländlichen Räume und ihrer urbanen Zentren bei Stabilisierung der
115 Bevölkerungsentwicklung müssen die Grund- und Mittelzentren gestärkt, umfangreiche
116 Versorgungsaufgaben in ihnen gesichert und hochwertige ÖPNV-Angebote für alle Menschen entwickelt
117 werden.
118

119 Nur attraktive Städte und Gemeinden im ländlichen Raum mit einem lebenswerten Umfeld sichern diesen
120 als Siedlungsraum für kommende Generationen. Um junge Menschen und Familien langfristig an die
121 Städte und Gemeinden zu binden, bedarf es neben attraktiven Arbeitsplätzen und wohnortnahen Kita
122 und Schulstandorten auch erschwinglicher Mieten bzw. Bodenpreise für Bauwillige. Ebenso bedarf es
123 ansprechender Sport- und Kultureinrichtungen sowie eines regen Vereinslebens. Für Seniorinnen und
124 Senioren muss die soziale Einbindung und Fürsorge verbessert werden, z. B. durch
125 Mehrgenerationenhäuser, Seniorenclubs und die Erweiterung von sozialen Betreuungsleistungen. Die
126 Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, diese „freiwilligen“ Aufgaben angemessen finanziell zu
127 unterstützen.
128

129 Gesichert werden muss die zuverlässige Erreichbarkeit von verschiedenen Orten auch ohne eigenen PKW.
130 Der Weg zur Schule, zum Arbeitsplatz, zum Arzt oder ins Theater entscheidet immer mehr über die
131 Lebensqualität in den ländlichen Regionen. Gute Politik organisiert die akzeptable Erreichbarkeit aller
132 wichtigen Orte in der Fläche. Dafür müssen die öffentlichen Angebote flächendeckend, ganztägig, gut
133 vertaktet, Barriere frei und preiswert sein. Die Qualität und die Akzeptanz des ÖPNV sind darüber hinaus
134 wichtig, um im Zuge von ständig steigenden Spritpreisen auch einen nachhaltigen Beitrag zum
135 ökologischen Wandel zu leisten.
136

137 Für manch eine Kommune hat der Hochwasserschutz oberste Priorität. Dazu müssen auch kleinere
138 Flüsse entsprechende Beachtung finden und die Baumaßnahmen des Landes einschließlich der
139 Bereitstellung von Polderflächen deutlich beschleunigt werden. Stadtwerke und andere Energieanlagen
140 unter Einbeziehung regionaler Möglichkeiten für Windkraft, Photovoltaik, Biomasse, Wasserkraft und
141 Geothermie können maßgeblich dazu beitragen, die notwendige Trendwende zu erneuerbaren Energien zu
142 erreichen und die Strompreise sozial verträglich zu gestalten. Wir wollen die Stadtwerke stärken, die
143 interkommunale Zusammenarbeit bei der Energiegewinnung vorantreiben und die Einrichtung von
144 Bürgerkraftwerken und Energiegenossenschaften fördern.
145

146 Vielfalt statt Einfalt – gegen Gewalt und Fremdenhass!
147

148 Angesichts wieder steigender Asylsuchenden stehen die Kommunen vor der schwierigen Aufgabe,
149 Unterbringung und soziale Betreuung Tausender Menschen möglichst dezentral in Wohnungen zu
150 organisieren, schrittweise die großen Sammelunterkünfte aufzulösen und die Geflüchteten im Sinne einer
151 tatsächlichen Willkommenskultur gut in die Gesellschaft zu integrieren. Bei dieser schwierigen Aufgabe
152 sind zunehmend Erscheinungen des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit zu beobachten.
153 Es ist Aufgabe guter Politik, schonungslos auf diese Entwicklungen hinzuweisen und Widerstand zu
154 organisieren. Dabei reicht es nicht aus, die Verantwortung an andere zu übergeben. Wegsehen und
155 Verschweigen ist erst recht keine Lösung, denn die Erwägung, ja nicht dem vermeintlich „guten Ruf“ der
156 Gemeinde zu schaden, führt nur dazu, dass am Ende das Ansehen der Gemeinde noch größeren Schaden
157 nimmt. Der Kampf um eine offene, tolerante und gewaltlose Gesellschaft ist auch nicht allein durch
158 Projekte, so wichtig diese sein mögen, zu leisten. Notwendig ist vielmehr die öffentliche Ächtung dieses
159 menschenverachtenden Denkens und Handelns immer und überall.
160

161 Gute Politik begreift Verschiedenheit als Chance und Bereicherung, nicht als Bedrohung. Unser Handeln
162 hat die Unantastbarkeit der Würde eines jeden Menschen, unabhängig von Herkunft, Nationalität,
163 Geschlecht und Lebensweise zur Grundlage. Deshalb ist jede Form des offenen oder versteckten
164 Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit, des Antisemitismus und des Neofaschismus zu ächten. Mit breiten
165 Bündnissen verschiedener Akteure und Institutionen in den Kommunen kann langfristig die
166 demokratische Kultur, basierend auf Achtung und Toleranz, gestärkt werden. Vertreter der extremen
167 Rechten werden dann weniger Chancen haben, wenn alle demokratisch gesinnten Bürgerinnen und
168 Bürger und alle demokratischen Strömungen der Gesellschaft gemeinsam gegen sie Gesicht zeigen.